

Paradoxien und Aporien des Antifeminismus

Eine demokratietheoretische Einordnung¹

URSULA BIRSL

1. EINLEITUNG

Der Begriff ‚Gender‘ kann im öffentlichen Diskurs und in religiös-fundamentalistischen sowie radikal bis extrem rechten Spezialdiskursen als ein „leerer Signifikant“ verstanden werden, wie es Birgit Sauer (2019: 348) im Anschluss an Ernesto Laclau formuliert. In dieser Funktion erlaubt es der Begriff ‚Gender‘ verschiedenen Akteur*innen², „mit je unterschiedlichen Anliegen anzuknüpfen und ihre Anliegen als Teil eines umfassenden Bedrohungsdiskurses zu reartikulieren.“ (Ebd.) So vielfältig und schillernd ist dann auch der Anti-Gender-Diskurs (s. auch Annette Henninger in diesem Band). In diesem finden Akteur*innen zusammen, die ansonsten nicht miteinander ins Gespräch kämen, wie bspw. beim sog. *World Congress of Families*, der jedes Jahr in einem anderen Land durchgeführt und vom Vatikan unterstützt wird. Bei der *Demo für alle* und dem *Marsch für das Leben*, die regelmäßig in verschiedenen Städten Deutschlands stattfinden, sind Vertreter*innen der christlichen Amtskirchen, von christlich-fundamentalistischen Organisationen sowie Mitglieder der CDU, Jungen Union, AfD oder NPD (Birsl 2017) anzutreffen. Das Spektrum reicht also von Akteur*innen, die zwar geschlechtskonservative Positionen vertreten, aber im Grundsatz demokratisch orientiert sind, bis zu solchen, die als antidemokratisch und extrem rechts einzuordnen sind (Birsl 2017: 124; Abschnitt 3 in diesem Beitrag).

1 Ich danke Annette Henninger für ihr konstruktives Feedback zu diesem Beitrag.

2 Der ‚Gender-Stern‘ (*) weist bei individuellen Akteur*innen darauf hin, dass hier Personen nichtbinärer Geschlechteridentitäten einbezogen sind. Sind Frauen (etwa bei Frauenrechten) oder Männer in politischen Debatten adressiert, wird der ‚Gender-Stern‘ nicht verwendet.

Auch wenn der Anti-Gender-Diskurs in seiner Vielschichtigkeit nicht per se antidemokratisch ist, so wird er es aber dann, wenn er sich zu einem weltanschaulichen Antifeminismus und damit zu einem Ideologem verdichtet. Dann richtet er sich gegen die Demokratie sowie gegen Prozesse der Demokratisierung – eben auch der Geschlechterverhältnisse als Machtverhältnisse. Zu einem Ideologem verdichteter Antifeminismus trägt zudem deutlich antisemitische Züge und wird in dieser Verschränkung in diversen ‚Manifesten‘ von Rechtsterroristen sichtbar (hierzu u.a. Speit 2020).

Im vorliegenden Beitrag soll zunächst ideengeschichtlich geklärt werden, was unter dem Begriff des Antifeminismus mit Blick auf Demokratie strukturanalytisch verstanden werden kann und in welchem Verhältnis Akteur*innen des Anti-Gender-Diskurses zu Antifeminismus stehen. Hierbei geht es um Verflechtungen der Akteur*innen – von Netzwerken zu sprechen, führt wohl zu weit – die sich im Kontext des *Marsch für das Leben* in Deutschland erkennen lassen.

Last, but not least soll danach gefragt werden, in welchen Milieus Anti-Gender-Kampagnen mobilisierungsfähig und damit unter Umständen für antifeministisches Denken oder für einen antisemitischen Antifeminismus anschlussfähig sein könnten. Dabei werden die Paradoxien und eben auch die Aporien thematisiert, die der Antifeminismus demokratietheoretisch betrachtet hervorbringt.

2. DAS VERHÄLTNIS VON ANTIFEMINISMUS ZUR DEMOKRATIE UND ZUM ANTISEMITISMUS

Den Antifeminismus im Singular gibt es nicht. Vielmehr existieren empirisch betrachtet unterschiedliche antifeministische Strömungen. Hierauf wird zu Recht in dem relativ neuen Forschungsfeld zu Anti-Gender-Diskursen hingewiesen (hierzu Lenz 2018: 21; Henninger in diesem Band). Dennoch wird in diesem Beitrag von Antifeminismus gesprochen, weil durch diese Begriffsbestimmung eine für diese Strömungen grundlegende Weltanschauung abgesteckt und deren Verhältnis zur Demokratie und Verschränkung mit dem Antisemitismus geklärt werden soll.

Referenzrahmen für die politisch-theoretische Auseinandersetzung mit Antifeminismus sind zunächst ‚Demokratie‘ und ‚Feminismus‘. Beide, *die* Demokratie und *der* Feminismus, sind ebenfalls ideengeschichtlich und empirisch nicht im Singular zu fassen – als strukturanalytische Kategorien jedoch schon. Sie finden allerdings in der politischen Theoriebildung selten zueinander, obwohl sie normativ betrachtet ohne einander nicht zu denken sind. Ausnahmen im deutschsprachigen Raum bilden feministische Demokratietheorien (u.a. Biester/Holland-Cunz/Sauer 1994; Sauer 2001, 2011; Holland-Cunz 1998; hierzu auch Birsl 2008) – so unterschiedlich sie auch sind.

Mit Iring Fettscher (1973) und Richard Saage (2005) kann unter Demokratie strukturanalytisch und normativ nicht allein eine Staatsform oder ein statisches Ge- bilde aus Organen und Institutionen politischer Herrschaft verstanden werden, son- dern sie wird prozessual begriffen. Gemeint ist, dass das Wesen der Demokratie in der Chance liegt, Konflikte auszutragen und politische Herrschaft immer wieder kritisch zu hinterfragen (Salzborn 2012: 8). Dieses Verständnis von Demokratie grenzt sich mit Blick auf politische Herrschaft von (älteren) Definitionen in der (deutschsprachigen) Politikwissenschaft ab, die in Anlehnung an Max Weber De- mokratie als eine feste, insbesondere an Verfassungsnormen gebundene Beziehung zwischen Herrschenden und Beherrschten in einem Verfassungsstaat begreifen und strikt von anderen Herrschaftsverhältnissen wie den sozialen und geschlechtlichen trennen (Birsl/Salzborn 2016: 131). Dem stehen (materialistisch-)feministische, staatstheoretische sowie politisch-soziologische Ansätze gegenüber, die in den Are- nen des Staates soziale und geschlechtliche Ungleichheitsverhältnisse verdichtet und politische Herrschaft im Staat als soziales Verhältnis sehen (stellv. Offe 2003 [1975]; Poulantzas 1978; Jessop 2007; Sauer 2011; Demirovic/Walk 2011). Das heißt, man kann Herrschaft und auch Macht nach Peter Imbusch

„nicht für sich allein haben, sondern sie sind immer nur in Verbindung mit anderen Menschen denkbar, weil sie ein soziales Verhältnis bezeichnen. Deshalb sind Macht und Herrschaft auch keine rein statischen oder über längere Zeiträume stillstellbaren Zustände, sondern dy- namische Phänomene, in denen sich die Relationen zwischen einzelnen Personen, Gruppen oder Institutionen auf Grund ihrer asymmetrischen und wechselseitigen Beziehung beständig verändern.“ (2012: 10)

Gilt dies für alle politischen Herrschaftsformen, also neben autoritären oder popu- listisch-reaktionären auch für demokratische, dann unterliegen diese beständigen Veränderungen bzw. Transformationsprozessen und können sich entweder demo- krisieren oder auch destabilisieren.

Mit Iring Fettscher und Richard Saage gedacht ist die Chance, soziale und politi- sche Konflikte (friedlich) auszutragen und politische Herrschaft kritisch zu hinter- fragen, eine Voraussetzung für eine (beständige) Demokratisierung der Demokratie. Nach den bisherigen historischen Erfahrungen sind es Emanzipationsbewegungen, die Trägerinnen von solchen Demokratisierungsprozessen sind.³ Angesprochen sind

3 Demokratisierungsprozesse sind nach den historischen Erfahrungen nicht als ‚Top-down- Projekte‘ möglich, sondern eingebettet in die Organisierung sozialer und politischer Inter- ressen sowie in Forderungen gleicher Teilhabe im Übergang kapitalistischer Produktions- weise in eine marktwirtschaftliche Ordnung. In einer solchen – so mit Claus Offe (1991)

dabei in erster Linie die Arbeiter-, Bürgerrechts- und Frauenbewegungen in sog. westlichen Demokratien, die zudem in vielen politischen Gesellschaften eng miteinander verbunden waren. Sie waren (und sind?) die sozialen Bewegungen, die im 19. Jahrhundert einen Übergang in demokratische Herrschaftsformen vorangetrieben haben und in den 1960er bis 1970er Jahren eine Demokratisierung von Demokratien durch den Ausbau von Sozialstaaten, Mitbestimmungsrechten in industriellen Beziehungen, bürgerlichen Rechten und zumindest eine formalen Gleichstellung von Frauen in sozialen Rechten sowie im Staatsangehörigkeitsrecht ermöglichten. Robert Castel (2011 [2009]: 23) nennt diese Phase eine des sozialen Kompromisses in liberal-demokratisch verfassten, kapitalistischen Gesellschaften. Dieser soziale Kompromiss, den Castel bereits seit den 1970er Jahren wieder als aufgekündigt sieht, griff in soziale und geschlechtliche Ungleichheitsverhältnisse ein und fügte der liberalen Demokratie Komponenten einer sozialen Demokratie hinzu – zumindest in einigen europäischen Gesellschaften (Birsl 2019).

Demokratisierungsprozesse wie diese haben seit Beginn der Moderne stets weltanschauliche Gegenbewegungen hervorgebracht, die sich auch zu sozialen Bewegungen oder in einer politischen Gegenelite verdichten und Demokratien (akut) gefährden können, wie in der Zwischenkriegszeit im 20. Jahrhundert oder gegenwärtig in jungen Demokratien Ost- und Mittelosteuropas, aber auch in etablierten Demokratien wie in den USA und möglicherweise auch in Großbritannien. In der jeweils konkreten historischen Situation ist es nicht immer zu erkennen oder zu prognostizieren, ob und ab wann weltanschauliche Gegenbewegungen Demokratien in einem solchen Ausmaß destabilisieren können, dass sie zusammenbrechen. Ebenso schwierig ist es oftmals, in der ideologiekritischen Auseinandersetzung definitorische oder heuristische Grenzen zwischen noch demokratisch-konservativen und antidemokratischen Weltanschauungen innerhalb solcher Gegenbewegungen zu ziehen.

Die Historikerin Helga Grebing hat mit einem analytischen Strukturbegriff die Spannbreite dieser Gegenbewegung zur Demokratie und zu Demokratisierungsprozessen zu vermessen versucht. Sie bezog sich dabei ideengeschichtlich auf den Konservatismus. Dieser analytische Strukturbegriff kann dafür fruchtbar gemacht werden, zu klären, was unter Antifeminismus verstanden werden kann.

Allgemein kann nach Grebing (1971: 33) Konservatismus als historisches Phänomen der bürgerlichen Gesellschaft und als politische Bestrebungen begriffen werden,

gesprochen – werden antagonistische soziale Interessenlagen sichtbar und in Bewegungen organisierbar.

„die zur Erhaltung ökonomischer, sozialer und politischer Macht- und Herrschaftsverhältnisse oder zur Rückeroberung bereits verlorener sich wenden gegen die Dynamik des Prozesses der Emanzipation bisher Unterprivilegierter zur Selbstbestimmung und Selbstherrschaft: In diesem allgemeinen Sinne ist dann der Konservatismus zu definieren als die dem historischen Prozeß der Demokratisierung immanente Gegenbewegung.“

Konservatismus ist hiernach jedoch nicht per se antidemokratisch, es sei denn, er gleitet ins Nationalkonservative (ebd.). Die (populistische) radikale Rechte, die sog. Neue Rechte und aktuell der regressive Neoliberalismus (Birsl 2018) lassen sich ideengeschichtlich und ideologiekritisch als Phänomene einordnen, die den Übergang oder – um es mit Wolfgang Gessenharter (2004) zu sagen – das Scharnier zwischen Konservatismus und extremer Rechter markieren. Die Übergänge sind allerdings fließend. Diese Phänomene werden im Anschluss an Grebing als eine dem jeweiligen historischen Prozess der Demokratisierung sozialer und politischer Macht- und Herrschaftsverhältnisse, der Liberalisierung und der Herausbildung von Individualismus und universellen Menschrechten immanente weltanschauliche Gegenbewegung verstanden. Ziel ist, die Demokratie zu destabilisieren, und zwar oftmals mit ihren Mitteln. Diese weltanschauliche Gegenbewegung ist damit zwangsläufig auch eine Gegenbewegung zum Feminismus (Birsl 2014: 161; 2018: 372).

Denn mit Ingrid Kurz-Scherf kann herrschaftskritisch gesagt werden, dass Geschlecht nicht die Zentralkategorie des Feminismus ist, „vielmehr geht es um Herrschaft und Emanzipation. Damit definiert sich Feminismus als Forschungs- und Handlungsperspektive in erster Linie nicht über seinen Gegenstand, sondern über sein Erkenntnisinteresse und sein politisches Anliegen.“ (Kurz-Scherf 2002: 44) Strukturanalytisch betrachtet, erschöpft sich das Anliegen des Feminismus mit Kurz-Scherf nicht allein in der Auseinandersetzung mit der hierarchischen Anordnung bipolarer Geschlechterstereotypen und deren gesellschaftlichen Folgen, sondern durchdringt alle gesellschaftlichen Verhältnisse und legt androzentrische Macht- und Herrschaftsverhältnisse als Zwangsverhältnis offen (Kurz-Scherf 2002: 45). Letztendlich geht es im Feminismus darum, soziale, geschlechtliche und politische Herrschaftsverhältnisse zu demokratisieren und damit die Demokratie sowie das Trennungsdispositiv ‚öffentliche‘ und ‚privat‘ aufzulösen („Das Private ist politisch“).

Dagegen positioniert sich der Antifeminismus. Wird Antifeminismus ebenfalls demokratietheoretisch und als analytischer Strukturbegriff gefasst, dann kann er als eine dem jeweiligen historischen Prozess der Emanzipation, der Universalisierung, der gesellschaftspolitischen Liberalisierung und Entnormierung der Geschlechterverhältnisse immanente weltanschauliche Gegenbewegung verstanden werden. Er ist damit gleichzeitig eine weltanschauliche Gegenbewegung zur Demokratisierung von (androzentrischen) Macht- und Herrschaftsverhältnissen im Sozialen und Politischen (Birsl 2018: 381; Henninger sowie Fritzsche/Lang in diesem Band).

Im Anti-Gender-Diskurs sind die Übergänge von vornehmlich geschlechtskonservativen, aber nicht per se antidemokratischen Positionen und dezidiert antifeministischem und nach diesem Verständnis antidemokratischem Denken ebenfalls fließend, müssen aber in der ideologiekritischen Auseinandersetzung zumindest heuristisch voneinander unterschieden werden (hierzu auch Schmincke 2018; Lenz 2018: 21).⁴ Im empirischen Feld lassen sich konservative, auch religiös-fundamentalistische kollektive Akteure identifizieren, die manifeste antifeministische Vorstellungen vertreten, aber nicht per se als antidemokratisch eingeordnet werden können, und antidemokratische Akteure, die den Anti-Gender-Diskurs in einer anti-feministischen Auslegung eher als populistische Mobilisierungsstrategie nutzen, aber programmatisch nicht manifest antifeministisch ausgerichtet sind (vgl. Abschnitt 3). Der Antifeminismus kommt in diesem Kontext eher als eine „dünne Ideologie“ daher, die in der Lage ist, an Alltagstheorien anzuknüpfen (Sauer 2017: 13, 17). Dies macht zudem eine Differenzierung zwischen antifeministischem politischem Denken von kollektiven Akteuren und von populistischen Mobilisierungsstrategien äußerst schwierig.

Antifeministisches Denken der Gegenwart geht oftmals mit antisemitischen Haltungen einher. Dass Antifeminismus und Antisemitismus miteinander verschrankt sind, ist auch in historischer Perspektive keine neue Erkenntnis (hierzu stellvertret. Planert 1998; Stögner 2014), jedoch ist zu fragen, ob *manifester* Antifeminismus nicht per se antisemitisch ist, also als antisemitischer Antifeminismus zu lesen ist. Antifeminismus und Antisemitismus weisen strukturelle Affinitäten auf (Stögner 2014: 13): Antisemitismus ist kein Ressentiment, Vorurteil oder eine Variante Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, sondern „eine Verbindung aus Weltanschauung und Leidenschaft, *eine grundlegende Haltung zu Welt*, mit der sich diejenigen, die ihn als Weltbild teilen, alles in der Politik und Gesellschaft, das sie nicht erklären und verstehen können oder wollen, zu begreifen versuchen.“ (Salzborn/Kurth 2020: 13, eg. Herv.) Im Unterschied zum vormodernen Antijudaismus hat der moderne Antisemitismus:

„eine sich historisch entwickelnde und im 20. Jahrhundert weiter zuspitzende Abstraktionsleistung vollzogen: weg von realen Jüdinnen und Juden als Projektionsobjekte, hin zum fiktiven, völkisch fremd und als ‚das Andere‘ bestimmten ‚Juden‘, der lediglich durch die Antisemit(inn)en definiert wird und für den es keine hypothetische Möglichkeit mehr gibt, sich dem antisemitischen Wahn zu entziehen.“ (Salzborn 2020a: 6; auch 2020b)

4 Im REVERSE-Projekt wurde gemeinsam mit dem wissenschaftlichen Beirat immer wieder um diese Differenzierungen gerungen, wenn es um die Einordnungen empirischer Befunde in den Fallstudien ging (hierzu auch Henninger in diesem Band).

In Anschluss an Theodor Adorno beschreibt Samuel Salzborn Antisemitismus als „*Unfähigkeit und Unwilligkeit, abstrakt zu denken und konkret zu fühlen*“ (Salzborn 2020a: 4, Herv. i.O.) – vielmehr soll „das Denken [...] konkret, das Fühlen aber abstrakt sein, wobei die nicht ertragene Ambivalenz der Moderne auf das projiziert wird, was der/die Antisemit/in für jüdisch hält.“ (Ebd.)

In dieser abstrakten antisemitischen Phantasie über ‚das‘ Judentum wird alles als ‚jüdisch‘ begriffen, was als Potpourri von Bedrohungen durch die Moderne begriffen wird: der Sozialismus, der Liberalismus, der Kapitalismus, die Aufklärung oder auch Intellektualität (Salzborn 2020a: 7), und gegenwärtig zudem Wanderrungsbewegungen aus muslimisch geprägten Ländern nach Europa sowie auch (wieder) der Feminismus. Verschwörungsiedeologisch ist ‚das Judentum‘ der Ursprung all dessen, um einen „Volksaustausch“ (AfD) in Gang zu setzen (hierzu Volker Weiß 2017: 21) und die ‚Weltherrschaft‘ zu übernehmen.

Manifester Antifeminismus ist ebenfalls nicht als Ressentiment, Vorurteil oder Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zu beschreiben, sondern gleichfalls als weltanschauliche Haltung zu gesellschaftlichen Verhältnissen und deren Veränderungen. Auch im Antifeminismus ist das Denken konkret, aber das Fühlen abstrakt. Ein Beispiel bietet ein Akteur, der nicht der radikalen oder extremen Rechten zugeordnet werden kann, sondern eher christlich-fundamentalistisch orientiert ist: das *Forum Deutscher Katholiken e.V.* Die Organisation, getragen u.a. von emeritierten Professoren, Priestern und Pfarrern, verfasste 2009 anlässlich einer Podiumsveranstaltung zu dem Thema *Islam – Herausforderung – Chancen – Gefahren?* eine Resolution, in der es heißt:

„Nicht die Stärke des Islam ist die gefährlichste Bedrohung Europas, sondern die systematische Verdrängung des christlichen Glaubens aus der Politik und dem öffentlichen Leben, die zu einer geistigen Immunschwäche Europas führt. Im Kampf gegen die ‚Kultur des Todes‘ (*internationale Geburtenkontrolle, Abtreibung, Gender-Ideologie*) sind die Muslime unsere natürlichen Verbündeten. So müssen sich Christen und Muslime gemeinsam den zahlreichen Herausforderungen stellen, die eine gottferne Zeit uns aufgibt.“ (Eg. Herv.)

In diesem Zitat tritt die „doppelte Feindschaft“ im Sinn der Kampfschrift *Theorie des Partisanen* von Carl Schmitt (1963) zu Tage, in der eine Unterscheidung zwischen relativer/vordergründiger und wirklicher/absoluter Feindschaft vorgenommen wird (Schmitt 1963: 56, 63, 87ff, 96; hierzu auch Weiß 2017: 212ff). „Der“ Islam ist in der Resolution der relative, vordergründige Feind, der zwar durch die Einwanderung von Muslim*innen eine Bedrohung darstellt, mit dem es sich aber im Kampf gegen die „Kultur des Todes“ zu verbünden gilt. Diese „Kultur des Todes“ findet ihren Ausdruck in einer vermeintlich „internationale[n] Geburtenkontrolle, Abtreibung, Gender-Ideologie“. Hier ist der wirkliche Feind zu finden, der im Sinn Carl Schmitts zu einem absoluten wird: Der Feminismus, der verschwörungsiedeologisch

und damit antisemitisch geframt wird, indem unterstellt wird, er sei auf dem Wege, die ‚Weltherrschaft‘ zu übernehmen. Manifester Antifeminismus präsentiert sich hier beispielhaft nicht nur als mit dem Antisemitismus verschrankt, sondern in seiner Funktion als abstrakte Projektionsfläche für modernisierungsbedingte Bedrohungen als antisemitisch.

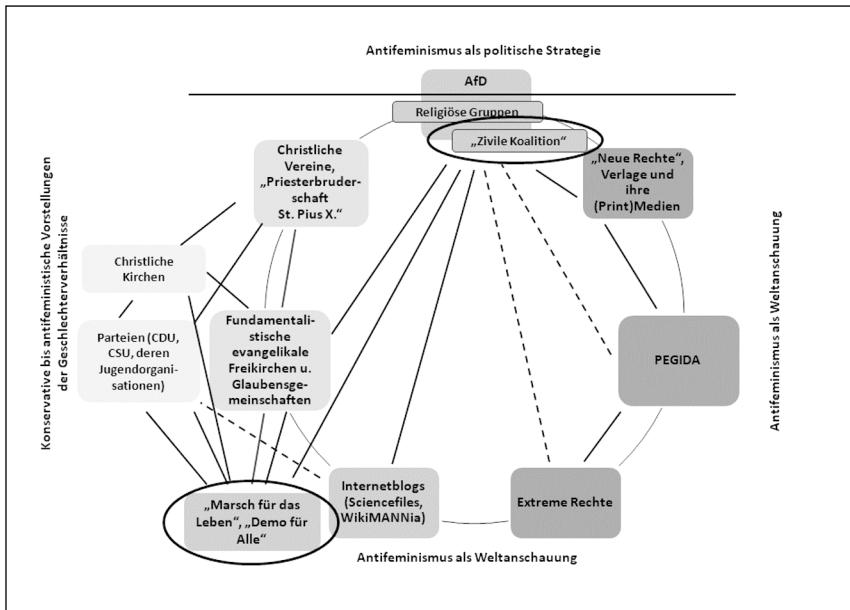
3. WER FÜHRT DEN ANTIFEMINISTISCHEN KAMPF?

Das Akteursspektrum im Feld des Antifeminismus ist stark ausdifferenziert – vor allem wenn das internationale Spektrum erfasst werden soll. Deshalb wird versucht, zumindest für Deutschland kollektive Akteure zu identifizieren, die nach eigenen Beobachtungen relevant sind.⁵ Das Schaubild zeigt die Verflechtung unterschiedlicher kollektiver Akteure, die sich um den *Marsch für das Leben* und die *Demo für alle* zusammenfinden und die gesamte Spannbreite von geschlechtskonservativ bis antifeministisch repräsentieren.

Auffällig sind zwei Beobachtungen: Zum einen sind hier christlich-fundamentalistische, auch individuelle Akteur*innen vertreten, die weit in das Spektrum der Amtskirchen und der konservativen Parteien – vor allem ihrer Jugendorganisationen – hineinreichen und die zum anderen direkt oder indirekt mit der populistischen radikalen bis extrem rechten Partei AfD über den *Marsch für das Leben* und die *Demo für alle* verbunden sind. Eine direkte Verbindung besteht zwischen der *Zivilen Koalition*⁶, einer Kampagnenorganisation der AfD-Bundestagsabgeordneten Beatrix von Storch sowie ihres Ehemanns Sven von Storch, mit evangelikalen Glaubensgemeinschaften und den *Christen in der AfD*. Eine indirekte Verbindung zur AfD stellt sich beispielsweise über den *Marsch für das Leben* und die *Demo für alle* her, die im Wesentlichen von der *Zivilen Koalition* organisiert werden. Das verbindende Thema ist der sogenannte Lebensschutz, also der Kampf gegen Schwangerschaftsabbruch.

-
- 5 Diese Beobachtungen stützen sich auf das Forschungsseminar *Im Namen Gottes...? Zur islamischen und christlichen Rechten in Deutschland – Seminarprojekt* im Masterstudiengang Politikwissenschaft an der Philipps-Universität Marburg im Wintersemester 2015/2016 (Forschungsgruppe ‚Religiöse Rechte‘ 2017), insbesondere auf den Beitrag von Anne Gehrmann, Lisa-Marie Klose, Elisabeth Kula und Lisa Schäder (2017) (vgl. auch Birsl 2017).
- 6 Nach Beobachtungen von Andreas Kemper (2020) geht das Kampagnennetzwerk von Beatrix und Sven von Storch augenscheinlich auf die *Zivile Allianz* über, die im März 2019 gegründet wurde. Möglicher Hintergrund: Der Verein *Zivile Koalition* habe seine Gemeinnützigkeit verloren.

Abbildung 1: Schaubild: Verflechtungen geschlechtskonservativer und antifeministischer kollektiver Akteure, Stand: 2017



In den konservativen Parteien – vor allem in der CDU – gibt es Mitglieder evangelikaler Glaubensgemeinschaften, die politische Spitzenfunktionen und Ämter auf Bundesebene einnehmen oder in der Vergangenheit eingenommen haben. Sie sind nicht per se antifeministisch, aber mit Blick auf die Geschlechterverhältnisse konservativ eingestellt. Das Problematische an diesen Einstellungen ist nicht allein, dass deren Protagonist*innen eine heteronormative Geschlechterordnung verteidigen, sondern dass sie die Gleichwertigkeit von Frauen und Männern in Frage stellen. Bei denjenigen, die besonders fundamentalistisch orientiert sind, ist es der vermeintliche Sündenfall Evas, der Frauen eine untergeordnete Position gegenüber Männern zuweist. Diese Position sei Gott gegeben und damit unveränderbar (Birsl 2017). Einige katholische und evangelikale Zusammenschlüsse können durchaus als fundamentalistische christliche Rechte bezeichnet werden, da sie ihre religiösen Überzeugungen mit politischen Herrschaftsansprüchen verbinden oder gar den Gottesstaat fordern. Dazu zählen der katholische und international organisierte Eliteorden der *Pius Bruderschaft* oder auch das evangelikale und regional einflussreiche *Gospel Forum Stuttgart*⁷ (ebd.).

7 In ihrem „apostolischen Glaubensbekenntnis der alten Kirche“ heißt es, Jesus sei „in den Himmel aufgefahren und sitzt zur Rechten Gottes und regiert von dort aus das Universum“

In der Analyse von Anne Gehrmann et al. (2017: 68) zu den Verflechtungen im Spektrum um den *Marsch für das Leben* und die *Demo für alle* fällt auf, dass es sich bei den individuellen Akteur*innen außerhalb des extrem rechten Spektrums um akademisch Gebildete und Angehörige der Aristokratie handelt. In diesem Kontext kann von Antifeminismus als *ständischem Projekt* gesprochen werden. Antifeminismus ist hier die weltanschauliche Gegenbewegung einer *upper class* gegen Universalismus und Demokratisierung. Das populistische Sprachrohr findet diese Gegenbewegung – ob gewünscht oder nicht – in der AfD, in einer Partei, die programmatisch fundamentalistisch orientiert ist, was die Geschlechterordnung angeht.

4. MOBILISIERUNGSCHANCEN DES ANTIFEMINISMUS

Kann Antifeminismus als ständisches Projekt und in seiner antisemitischen Grundierung auch gesellschaftliches Mobilisierungspotenzial entfalten? Es ist anzunehmen, aber empirisch nicht abgesichert, dass diese Mobilisierungschancen vor allem in den sozialen Milieus zu finden sind, aus denen die AfD ihr Wähler*innenpotenzial schöpft. Nach Heiko Geiling und Michael Vester dürfte es sich hierbei um das so genannte „traditionelle kleinbürgerliche Arbeitnehmermilieu“, das „traditionelle Arbeitnehmermilieu“ sowie das „gehobene bürgerliche Milieu“, also die „Upper Class“, handeln (Geiling/Vester 2007: 470f). Die Arbeitnehmer*innenmilieus waren in der Vergangenheit durch die Unionsparteien und die SPD integriert und werden nunmehr in Westdeutschland von der AfD mobilisiert. Diese Milieus sind autoritär orientiert und hierarchiegebunden. Aus all diesen Milieus wählen weit überproportional mehr Männer die AfD.

Dass diese Annahme nicht aus der Luft gegriffen ist, zeigt eine Sonderauswertung des *World Value Surveys* und des *European Value Surveys* für sieben ausgewählte liberale Demokratien von Amy Alexander und Christian Welzel (2017). Die Untersuchungsländer sind Deutschland, Spanien, Schweden, USA, Japan, Südkorea und Argentinien (Alexander/Welzel 2017: 2). Die Autor*innen untersuchen den Wandel von Wertorientierungen, indem sie die Perioden 1995 bis 1998 und 2011 bis 2014 miteinander vergleichen. Die Periode 1981 bis 1983 ist der Referenzzeitpunkt (Alexander/Welzel 2017: 3).

in alle Ewigkeit. Er hat jetzt alle Gewalt im Himmel und auf der Erde.“ (Gospel Forum 2020).

Zunächst stellen Amy Alexander und Christian Welzel fest:

„By far the most dynamic field of the emancipatory shift is a transition in sexuality norms from an illiberal rejection of divorce, abortion and homosexuality to a liberal tolerance of these lifestyle issues.“ (Alexander/Welzel 2017: 3)

Gleichzeitig ist dieses dynamische Feld das konfliktreichste und zeigt im Vergleich zu anderen Feldern von Wertorientierungen eine besonders ausgeprägte Polarisierung zwischen sozialen Klassen.

Nach ihren Befunden hat sich im Zeitverlauf in allen untersuchten Ländern ein liberaleres Verständnis von Geschlechterordnungen über alle sozialen Klassengrenzen hinweg entwickelt. Sichtbar wird auch, dass soziale Klassen diese Entwicklung in unterschiedlicher Geschwindigkeit und Intensität nachvollzogen haben. In der Konsequenz haben dadurch die Distanzen zwischen den Klassen zugenommen. Diese Distanzen verlaufen aber nicht entlang der vertikalen Klassenstrukturierung. Die *upper class* ist im Zuge der zunehmenden gesellschaftlichen Liberalisierung etwa der Geschlechterordnung quasi nach rechts ‚abgebogen‘ und nimmt gegenwärtig im Vergleich zur *upper middle class* eine dezidiert illiberale Position ein, und zwar noch deutlicher als die *working class*. Dennoch kann sie in dieser wie auch in der *lower middle class* Verbündete finden, da diese Klassenfraktionen in ihren Wertorientierungen nahe beieinander liegen. Hierin dürfte das gesellschaftliche Mobilisierungspotenzial für populistische radikal rechte Parteien bezüglich der Transformation der Geschlechternormen zu finden sein, wenn nicht sogar das zentrale Einfallstor für anti-emanzipatorische Mobilisierungsstrategien.

5. FAZIT: PARADOXIEN UND APORIEN DES ANTIFEMINISMUS

Die Konfrontation von Feminismus versus Antifeminismus ist gegenwärtig ein offenes ‚Kampffeld‘ um Dominanz und Hegemonie (auch Fritzsché/Lang in diesem Band). Wie Birgit Sauer (2017: 13) betont, ist Antifeminismus nicht zwingend als geschlossenes Weltbild zu begreifen. Er ist vielmehr eine „dünne Ideologie“ auf hohem Abstraktionsniveau mit antisemitischem Bias. Eine solche dünne Ideologie bietet eine ideale Projektionsfläche, wenn ‚Alltagstheorien‘ auf Liberalisierungsbestrebungen treffen und diese abgewehrt werden. Diese kann von rechten Akteur*innen zur Mobilisierung besonders gut genutzt werden:

„Geschlecht eignet sich deshalb so gut für die rechtspopulistische Mobilisierung eines Common Sense, eines neuen hegemonialen Kompromisses, weil mit dem Bezug auf Geschlecht an Alltagserfahrungen angeknüpft werden kann – an die lang tradierte hierarchische Zweige-

schlechtlichkeit, die durch Gleichstellungspolitik zwar erschüttert, aber keineswegs erodiert ist, sondern noch immer die Lebensweisen und den Habitus der Menschen prägt. Die rechts-populistische Mobilisierung von Geschlecht verweist also auf die tiefen vergeschlechtlichten Strukturierungen westlicher Gesellschaften, die sich leicht politisch aktualisieren lässt.“ (Sauer 2017: 17)

Die Paradoxien der gegenwärtigen Entwicklungen liegen darin, dass die Liberalisierung oder Transformation der Geschlechterordnung nicht mit einer Demokratisierung der Geschlechterverhältnisse einhergeht (Lenz 2018), wie sie sich in den 1960er und 1970er Jahren andeutete. Vielmehr können weltanschauliche Gegenbewegungen zu einer weitergehenden Demokratisierung der Demokratie an einen gesellschaftlich weiterhin tief verankerten Androzentrismus anknüpfen, der durch den *neoliberalen turn* in den 1970er Jahren noch befeuert wurde. Dabei geht es nicht allein um einen Neoliberalismus, der eher als Neokonservatismus gelesen werden muss, wie etwa in der damaligen Bundesrepublik Deutschland ab Beginn der 1980er Jahre oder in der Variante eines regressiven Neoliberalismus, wie ihn populistische radikal rechte Parteien und Akteur*innen vielfach vertreten. Es geht gleichfalls um den sog. progressiven Neoliberalismus. Der Historiker Andreas Wirsching beschreibt in seinem Beitrag *Gehören Markt und Moral zusammen? Über ein historisches Dilemma des Liberalismus* (2019 [2015]), wie die Liberalisierung des Marktes und damit der Ordo- und Neoliberalismus in einer engen Wechselbeziehung mit tradierten Familienbildern und Geschlechterrollen stehen (ebd.: 138). Das gilt auch für Vordenker des progressiven Neoliberalismus (Fraser 2017) wie der *Chicago School of Economics* um Milton Friedman. Der progressive Neoliberalismus kann sich durchaus offen für ‚Diversity‘, Fragen der Gleichstellung der Geschlechter und LGBT*I-Anliegen zeigen, wenn die traditionelle, heteronormative Familie als ‚Urzelle‘ der Gesellschaft unangetastet bleibt (Birsl 2018: 181f.). Der progressive Neoliberalismus bleibt hierdurch anschlussfähig an konservatives Denken. Er hat aber gleichzeitig seine eigene weltanschauliche Gegenbewegung hervorgebracht: den regressiven Neoliberalismus mit seinen antifeministischen Vorstellungen und populistischen radikal rechten Mobilisierungsstrategien (ebd.). Am *Marsch für das Leben* und an der *Demo für alle* zeigt sich beispielhaft, wie im Anti-Gender-Diskurs Vertreter*innen geschlechtskonservativer und antifeministischer Positionen zueinander finden können, die ansonsten wenig gemein haben.

Die Aporien sind darin zu suchen, dass gegenwärtig keine sozialen Bewegungen erkennbar sind, die auf gewisse Dauer gestellt sind, also nicht nur Protestbewegungen sind und gleichzeitig Trägerinnen von Demokratisierungsbestrebungen sowie feministischen Anliegen sind. Die Transformation der Geschlechterordnung kann sich trotz weltanschaulicher Gegenbewegungen weiter fortsetzen, eine weitere Demokratisierung der Geschlechterverhältnisse als soziale Macht- und Herrschafts-

verhältnisse ist damit (noch) nicht intendiert. Dieses Terrain bleibt somit ein ‚offenes Kampffeld‘.

LITERATUR

- Alexander, Amy C./Welzel, Christian (2017): „The Myth of Deconsolidation: Rising Liberalism and the Populist Reaction“, in: Journal of Democracy, April 2017. [<http://www.journalofdemocracy.org/articles-files/foa-mounk-exchange/alexander-welzel>; abgerufen am 21.07.2018].
- Biester, Elke/Holland-Cunz, Barbara/Sauer, Birgit (Hg.) (1994): Demokratie oder Androkratie? Theorie und Praxis demokratischer Herrschaft in der feministischen Debatte, Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Birsl, Ursula (2008): „Und ewig lockt Antigone: Politik und das Politische im Spiegel politikwissenschaftlicher Geschlechterforschung“, in: Brigitte Geißel/Alexandra Manske (Hg.), Kritische Vernunft für demokratische Transformation. Festschrift für Profⁱⁿ Dr. Christine Kulke, Opladen: Barbara Budrich, S. 131-144.
- Birsl, Ursula (2014): „Die ‚Junge Freiheit‘, die Ideologie der ‚Neuen Rechten‘ und antidemokratisches Denken in Deutschland“, in: Sebastian Voigt/Heinz Sünker (Hg.), Arbeiterbewegung – Nation – Globalisierung. Tagungsband zu einem Workshop der Hans-Böckler-Stiftung vom 15. bis 17. Februar 2012 in Wuppertal, Weierswist-Metternich: Velbrück Wissenschaft, S. 160-177.
- Birsl, Ursula (2017): „Ähnlichkeiten und Unterschiede, Verflechtungen: die säkulare und religiöse Rechte in Deutschland“, in: Christoph Kopke/Wolfgang Kühnel (Hg.), Demokratie, Freiheit und Sicherheit. Festschrift zum 65. Geburtstag von Hans-Gerd Jaschke, Baden-Baden: Nomos, S. 107-129.
- Birsl, Ursula (2018): „Die Demokratie und ihre Gegenbewegungen: eine kritische (Selbst-)Reflexion zu Begriffen und Referenzrahmen in der Rechtsextremismusforschung“, in: Politische Vierteljahrsschrift (PVS) 59 (2), S. 371-384.
- Birsl, Ursula (2019): „Zukunft der Demokratie“. Festrede zur Eröffnung der Sommerakademie „Demokratie gestalten“ der Begabtenförderungswerke am 26.08.2019 in Heidelberg. [https://www.boeckler.de/pdf/sommerakademie_2019_vortrag_birsl.pdf].
- Birsl, Ursula/Salzborn, Samuel (2016): „Ungeschriebene Regeln der ‚Demokratie‘. Zur Relationalität von ‚ungeschriebenen Verfassungen‘ politischer Herrschaft jenseits und diesseits des Westens“, in: Sophia Schubert/Alexander Weiß (Hg.), ‚Demokratie‘ jenseits des Westens: Theorien, Diskurse, Einstellungen. PVS-Sonderheft 51, Baden-Baden: Nomos, S. 127-146.
- Castel, Robert (2011 [2009]): Die Krise der Arbeit. Neue Unsicherheiten und die Zukunft des Individuums, Hamburg: Hamburger Edition.

- Demirovic, Alex/Walk, Heike (Hg.) (2011): Demokratie und Governance. Kritische Perspektiven auf neue Formen politischer Herrschaft, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Fetscher, Iring (1973): Demokratie zwischen Sozialdemokratie und Sozialismus. Stuttgart u.a.: Kohlhammer Verlag.
- Forschungsgruppe ‚Religiöse Rechte‘ (Hg.) (2017): „Im Namen Gottes ... ?“ Zur säkularen und religiösen Rechten in Deutschland. Working Paper No 10, Forum Demokratieforschung: Beiträge aus Studium und Lehre. [<https://www.uni-marburg.de/de/fb03/politikwissenschaft/fachgebiete/brd/working-paper/imnamengottes.pdf>].
- Fraser, Nancy (2017): „Vom Regen des progressiven Neoliberalismus in die Taufe des reaktionären Populismus“, in: Heinrich Geiselberger (Hg.), Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit, Berlin: edition suhrkamp, S. 77-91.
- Fritzsche, Christopher/Lang, Juliane (2020): „Die GegnerInnenschaft zur Ehe für alle: ein autoritär-regressives politisches Projekt?“, in: Henninger/Birsl, Antifeminismen. ‚Krisen‘-Diskurse mit gesellschaftsspaltendem Potential?
- Gehrmann, Anne/Klose, Lisa-Marie/Kula, Elisabeth/Schäder, Lisa (2017): „Familie, Ehe, Sexualität und Abtreibung – ein Hegemonieprojekt von rechts?“, in: Forschungsgruppe ‚Religiöse Rechte‘ (Hg.), „Im Namen Gottes ... ?“ Zur säkularen und religiösen Rechten in Deutschland. Working Paper No 10, Forum Demokratieforschung: Beiträge aus Studium und Lehre, S. 48-80. [<https://www.uni-marburg.de/de/fb03/politikwissenschaft/fachgebiete/brd/working-paper/imnamengottes.pdf>].
- Geiling, Heiko/Vester, Michael (2007): „Das soziale Kapital der politischen Parteien. Die Akzeptanzkrise der Volksparteien als Frage der Individualisierung oder der sozialen Gerechtigkeit“, in: Frank Brettschneider/Oskar Niedermayer/Bernhard Weßels (Hg.), Die Bundestagswahl 2005. Analysen des Wahlkampfes und der Wahlergebnisse, Wiesbaden: VS Verlag, S. 457-489.
- Gessenhalter, Wolfgang (2004): „Im Spannungsfeld. Intellektuelle Neue Rechte und demokratische Verfassung“, in: Wolfgang Gessenhalter/Thomas Pfeiffer (Hg.), Die Neue Rechte – Gefahr für die Demokratie, Wiesbaden: VS Verlag, S. 31-49.
- Grebding, Helga (1971): „Positionen des Konservatismus in der Bundesrepublik“, in: Helga Grebing/Martin Greiffenhagen/Christian Graf von Krockow (Hg.), Konservatismus – eine deutsche Bilanz, München: Piper, S. 33-66.
- Henninger, Annette (2020): „Antifeminismen. ‚Krisen‘-Diskurse mit gesellschaftsspaltendem Potenzial?“, in: Henninger/Birsl, Antifeminismen. ‚Krisen‘-Diskurse mit gesellschaftsspaltendem Potenzial?
- Henninger, Annette/Birsl, Ursula (Hg.) (2020): Antifeminismen. ‚Krisen‘-Diskurse mit gesellschaftsspaltendem Potenzial?, Bielefeld: transcript.

- Holland-Cunz, Barbara (1998): Feministische Demokratietheorie. Thesen zu einem Projekt, Opladen: Leske & Budrich.
- Imbusch, Peter (2012): „Macht und Herrschaft in der wissenschaftlichen Kontroverse“, in: Peter Imbusch (Hg.), Macht und Herrschaft. Sozialwissenschaftliche Theorien und Konzeptionen. 2., aktualisierte und erweiterte Aufl., Wiesbaden: Springer VS, S. 9-35.
- Jessop, Bob (2007): State Power. A Strategic-Relational Approach, Cambridge/Malden: Polity Press.
- Kurz-Scherf, Ingrid (2002): „Geschlechterdemokratie und Feminismus. Zur Notwendigkeit einer herrschaftskritischen Reformulierung eines Leitbegriffs“, in: *femina politica* 11 (2), S. 42-52.
- Lenz, Ilse (2018): „Von der Sorgearbeit bis #Metoo: Aktuelle feministische Themen und Debatten in Deutschland“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, (APuZ) der Bundeszentrale für politische Bildung 68 (17), S. 20-27.
- Offe, Claus (1991): „Das Dilemma der Gleichzeitigkeit. Demokratisierung und Marktwirtschaft in Osteuropa“, in: Merkur 45 (4), S. 279-292.
- Offe, Claus (2003 [1975]): „Politische Herrschaft und Klassenstrukturen. Zur Analyse spätkapitalistischer Gesellschaftssysteme“, in: Claus Offe (Hg.), Herausforderungen der Demokratie. Zur Integrations- und Leistungsfähigkeit politischer Institutionen, Frankfurt a.M./New York: Campus, S. 11-41.
- Planert, Ute (1998): Antifeminismus im Kaiserreich: Diskurs, soziale Formation und politische Mentalität, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Poulantzas, Nicos (1978): Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Sozialistische Demokratie, Hamburg: VSA.
- Saage, Richard (2005): Demokratietheorien. Eine Einführung, Wiesbaden: VS Verlag.
- Salzborn, Samuel (2012): Demokratie. Theorien – Formen – Entwicklungen, Baden-Baden: Nomos, UTB.
- Salzborn, Samuel (2020a): Was ist Antisemitismus? Bundeszentrale für politische Bildung. [<http://www.bpb.de/politik/extremismus/antisemitismus/307644/was-ist-moderner-antisemitismus>; abgerufen am 08.06.2020].
- Salzborn, Samuel (2020b): Globaler Antisemitismus. Eine Spurensuche in den Abgründen der Moderne. 2. Aufl., Weinheim: Beltz Juventa.
- Salzborn, Samuel/Kurth, Alexandra (2020): „Antisemitismus in der Schule. Erkenntnisstand und Handlungsperspektiven“, in: Samuel Salzborn (Hg.), Schule und Antisemitismus. Politische Bestandsaufnahme und pädagogische Handlungsmöglichkeiten, Weinheim: Beltz Juventa, S. 9-65.
- Sauer, Birgit (2001): Die Asche des Souveräns. Staat und Demokratie in der Geschlechterdebatte, Frankfurt a.M.: Campus.

- Sauer, Birgit (2011): „„Only Paradoxes to Offer?“ Feministische Demokratie- und Repräsentationstheorie in der ‚Postdemokratie‘“, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 40 (2), S. 125-38.
- Sauer, Birgit (2017): „Gesellschaftstheoretische Überlegungen zum europäischen Rechtspopulismus. Zum Erklärungspotenzial der Kategorie Geschlecht“, in: Politische Vierteljahrsschrift (PVS) 58 (1), S. 3-22.
- Sauer, Birgit (2019): „Anti-feministische Mobilisierung in Europa. Kampf um eine neue politische Hegemonie?“, in: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft (ZfVP) 13 (4), S. 339-352.
- Schmincke, Imke (2018): „Frauenfeindlich, sexistisch, antifeministisch? Begriffe und Phänomene bis zum aktuellen Antifeminismus“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, (APuZ) der Bundeszentrale für politische Bildung 68 (17), S. 28-33.
- Speit, Andreas (2020): „Der Jude und die Weiblichkeit – zwei alte Feindbilder. Hintergründe zur Gedankenwelt von Stephan Balliet“, in: Jean-Philipp Baeck/Andreas Speit (Hg.), Rechte Ego-Shooter. Von der virtuellen Hetze zum Livestream-Attentat, Berlin: Christoph Links Verlag, S. 86-106.
- Stögner, Karin (2014): Antisemitismus und Sexismus. Historisch-gesellschaftliche Konstellationen, Baden-Baden: Nomos.
- Weiß, Volker (2017): Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlands, Stuttgart: Klett-Cotta.
- Wirsching, Andreas (2019 [2015]): „Gehören Markt und Moral zusammen? Über ein historisches Dilemma des Liberalismus“, in: Andreas Wirsching: Demokratie und Gesellschaft. Festgabe zum 60. Geburtstag von Andreas Wirsching, hg. v. Magnus Brechtken/Thomas Raithel/Elke Seefried/Martina Steber, Göttingen: Wallstein Verlag, S. 127-144.

PRIMÄRQUELLEN

- Forum Deutscher Katholiken (2009): Resolution anlässlich des Podiums „Islam – Herausforderung – Chancen – Gefahren?“. [http://forum-deutscher-katholiken.de/wp-content/uploads/2014/01/resolution2009_islam.pdf; abgerufen am 11.01.2018].
- Gospel Forum Stuttgart (2020): Unser Glaubensbekenntnis. [<https://web.gospel-forum.de/ueber-uns/glaubensbekenntnis/>; abgerufen am 03.07.2020].
- Kemper, Andreas (2020): Zivile Allianz. Internetblog vom 30. Januar. [<https://andreas kemper.org/2020/01/30/zivile-allianz/>; abgerufen am 02.07.2020].
- Schmitt, Carl (1963): Theorie des Partisanen. Zwischenbemerkung zum Begriff des Politischen, Berlin: Duncker & Humblot.